

Diskussionspapier

MIGRATION UND ARMUT

Das Paper soll einen kurzen Überblick über Migration in Österreich mit dem Fokus auf Armutsbetroffenheit geben. Nach einigen Begriffsklärungen wird die aktuelle Situation in Österreich und die Verknüpfung zur Armutsbetroffenheit näher betrachtet. Daran anschließend wird die Situation von Migrant*innen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen (Wohnen, Gesundheit, Zugang zu Sozialleistungen, Beschäftigung und Einkommen) skizziert, wobei zum Thema Bildung auf das Positionspapier zum Thema "Schulische Bildung" verwiesen wird.

Begrifflichkeiten

Migration ist „der auf Dauer angelegte bzw. dauerhaft werdende Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen“ (Treibel 2011: 21). Die ganze Menschheitsgeschichte ist von Migration geprägt, daran ändern auch restriktive Einwanderungsgesetze von Nationalstaaten nicht viel. Menschen migrieren aus den unterschiedlichsten Gründen – beispielsweise gibt es Armutsmigration, Bildungsmigration, Flucht vor Krieg oder Klimawandel oder auch die Migration einer Topmanagerin für einen besseren Job. Neben der internationalen Migration gibt es auch die Binnenmigration innerhalb eines Landes, welche in diesem Paper jedoch nicht näher betrachtet werden soll.

Migrant*innen/Zuwanderer*innen: Diese synonym zu verwendenden Begriffe beschreiben Personen, welche ihren Wohnsitz in einem anderen Land als ihrem Geburtsland haben.

Menschen mit Migrationshintergrund: Beschreibt Personen mit folgenden Merkmalen: ausländische Staatsangehörigkeit und/oder im Ausland geboren und/oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.¹ Selbstverständlich ist die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund größer als die Gruppe ausländischer Staatsangehöriger. Interessant im Zusammenhang mit der immer heterogener werdenden Gesellschaft ist ein Blick auf die erste und zweite Generation an Menschen mit Migrationshintergrund. Die **erste Generation** umfasst die Personen, welche selbst aus dem Ausland zugewandert sind, die **zweite Generation** deren Kinder, welche bereits in Österreich geboren sind (mind. 1 Elternteil wurde im Ausland geboren).

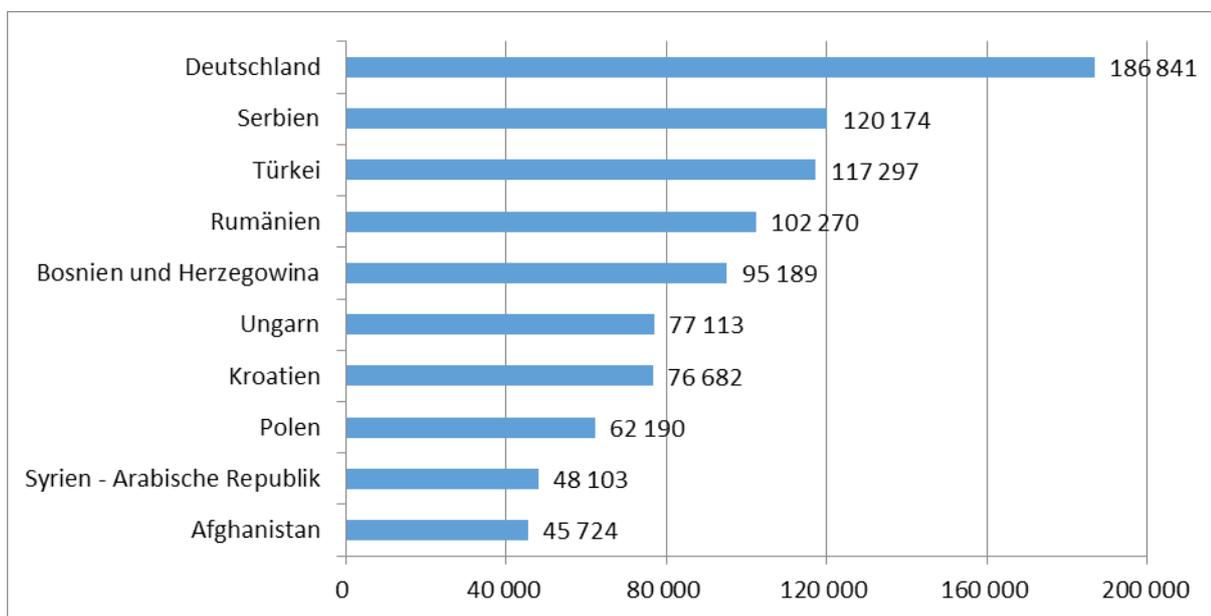
Nicht-österreichische Staatsangehörige: 15,82% der zu Jahresbeginn 2018 in Österreich lebenden Personen haben eine nicht-österreichische Staatsangehörigkeit (Statistik Austria 2018). Da in Österreich das *Ius Sanguinis* gilt, können auch in Österreich geborene Menschen eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft aufweisen.

¹ Hier gibt es unterschiedliche Herangehensweisen, bei manchen Statistiken müssen z.B. beide Elternteile einen ausländischen Geburtsort aufweisen. Wichtig ist es, jeweils genau zu hinterfragen, wie der Migrationshintergrund definiert wurde (bei Statistiken, in Artikeln usw.).

Aktuelle Situation

Österreich ist ein Einwanderungsland mit Geschichte: In Wien haben laut dem 4. Integrations- und Diversitätsmonitor 2013-2016 schon 54% (also die Mehrheit) der Bewohner*innen einen Migrationshintergrund, sind also selbst im Ausland geboren oder zumindest ein Elternteil ist nach Österreich zugewandert (vgl. MA 17 2017). Dies ist allerdings kein „historischer Höchststand“: 1880 hatten sogar mehr als 60% der Wiener*innen einen anderen Geburtsort als Wien (der Großteil kam aus Ost- und Südosteuropa), hier ist die 2. Generation jedoch noch gar nicht zugerechnet (vgl. Fassmann/Münz 1995).

Aber auch die folgende Grafik zu den zehn größten Gruppierungen nicht-österreichischer Staatsangehöriger in Österreich bietet so manche Überraschung und zeigt, dass manche medial und populistisch überzeichneten Bilder nicht unbedingt mit der Realität übereinstimmen müssen:



Quelle: Statistik Austria, *Ausländische Bevölkerung zu Jahresbeginn 2018 (eigene Auswertung)*

Wie bereits erwähnt ist die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund sehr vielfältig, allgemeingültige Rückschlüsse auf den sozioökonomischen Status dieser Bevölkerungsgruppe lassen sich nicht schließen. Oft kommt es jedoch zu Benachteiligungen in der Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft und damit zu Chancenungleichheit – insbesondere bei mangelnder Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, die sich weiter zu Diskriminierung und Rassismus erstrecken kann. Bei gleichzeitiger Armutsbetroffenheit wirken sich diese strukturellen Benachteiligungen besonders erschwerend aus.

Das ergeben auch die „harten“ Zahlen für Österreich: Menschen mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt häufiger von Armut betroffen als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Die Armuts- oder Ausgrenzungsquote der Österreicher*innen betrug 2016 nach dem Europa 2020 Indikator 13% (vgl. Statistik Austria 2017b). Jene der Nicht-Österreicher*innen belief sich auf 44%. Innerhalb der Gruppe der Österreicher*innen, sind jene die einbürgert worden sind stärker von Armut betroffen. Kinder zwischen 0 und 15 Jahren ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind in hohem Ausmaß von Armut betroffen: 52% verglichen zu 14% bei österreichischer Staatsbürgerschaft. Die

hohe Kinderarmutsquote für ganz Österreich von 21% ist somit vor allem auf die benachteiligte Situation von Kindern mit Migrationshintergrund zurückzuführen (vgl. Heitzmann 2017).

Wohnsituation

Menschen mit Migrationshintergrund leben tendenziell unter schlechteren Wohnbedingungen als die Mehrheitsgesellschaft (vgl. Häußermann und Siebel 1996). Sie wohnen größtenteils in schlechter ausgestatteten und kleineren Wohnungen, viele leben in Untermiete und können sich oft nicht gegen diese Benachteiligungen wehren (vgl. Reeger 2002). Oft zahlen Personen mit einem niedrigeren Einkommen und Migrationshintergrund eine verhältnismäßig höhere Miete (z.B. durch erschwerte Zugangsbedingungen zum sozialen Wohnbau). Menschen mit Migrationshintergrund wohnen häufig in Gegenden mit schlechter Bausubstanz, hohen Umweltbelastungen wie Verkehrsbelastung oder Industrienähe, weil so noch am ehesten eine Leistbarkeit gegeben ist (vgl. Grden 2016).

Dadurch kann es zu einer strukturellen Segregation und Abschottung von Menschen mit Migrationshintergrund kommen, was deren gesellschaftliche Teilhabechancen schmälert. Eine soziale und kulturelle Durchmischung hingegen kann eine vielfältigere Qualität von Kontakten und damit verbesserte Teilhabechancen ermöglichen (vgl. Häußermann und Siebel 2004).

Gesundheitliche Situation

In Österreich bestehen für versicherte Personen formal unabhängig vom Migrationsstatus (ca. 1-2% der Bevölkerung sind nicht versichert) gleiche Zugangschancen zum Gesundheitssystem. Dennoch zeigen sich für Menschen mit Migrationshintergrund teilweise Zugangsbarrieren (z.B. Sprach- und Informationsbarrieren, soziokulturelle Unterschiede, niedriger sozioökonomischer Status), weshalb Chancengleichheit noch nicht erreicht ist.

Generell beschreiben Studien einen starken Zusammenhang zwischen schwacher sozioökonomischer Situation und schlechter Gesundheit. Mitbestimmend sind dabei auch Gesundheitskompetenz, -ressourcen und -verhalten, was wiederum von sozioökonomischen und -kulturellen Bedingungen beeinflusst wird. Als gemeinhin anerkannt gilt, dass sozioökonomisch benachteiligte Personen in einem unterdurchschnittlichen Gesundheitszustand sind (siehe hierzu auch Kap. zur Wohnsituation). Der Gesundheitszustand von Menschen mit Migrationshintergrund wird immer wieder als kritisch eingestuft. Es gibt Hinweise aus Studien, dass Personen mit Migrationshintergrund einen schlechteren Gesundheitszustand als die Mehrheitsbevölkerung aufweisen und daher öfter zu Patient*innen werden.

Zudem ist Migrant*innen das österreichische Gesundheitssystem oft weniger bekannt – so werden aufgrund von Erfahrungen im Herkunftsland Rettungswesen oder Krankenanstalten häufiger beansprucht, weil der niedergelassene Bereich nicht so bekannt ist.

Zahlreiche Studien belegen zusätzlich den starken Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrung und beeinträchtigter Gesundheit. So scheinen Diskriminierungserfahrungen insbesondere Auswirkungen auf die psychische Gesundheit zu haben. Diese Erfahrungen können als chronische Stressoren aber auch mit körperlichen Beschwerden assoziiert werden (vgl. Anzenberger et al 2015).

Zugang zu Sozialleistungen

Der Zugang zu Sozialleistungen wird in der politischen Debatte häufig als Anreiz (Pull) für Migrant*innen verstanden, nach Österreich zu kommen. Dabei ist aus der sozialwissenschaftlichen Forschung hinlänglich bekannt, dass Migration nicht nur aufgrund von sog. Pull- und Push-Faktoren geschieht, sondern aus komplexeren Zusammenhängen heraus. Eine reine Nutzenabwägung wie im Push-Pull-Modell aus den 1960ern lässt sich empirisch leicht widerlegen, weil es keine Übereinstimmung von Armutsindex und Auswanderungsrate gibt (vgl. Parnreiter 2000).

Der konstruierte Zusammenhang der „Einwanderung in das Sozialsystem“ wird jedoch zunehmend als Vorwand für Kürzungen von Sozialleistungen für alle herangezogen. Maßgeblich für die Kürzungen seien die Einsparung von Sozialausgaben, die den Staatshaushalt durch den stetigen Anstieg von Migrant*innen in das nationale Sozialsystem massiv belasten würden (vgl. Bothe 2018). Die Ausgaben der Bundesländer für die bedarfsorientierte Mindestsicherung betragen 2016 insgesamt jedoch nur 924 Millionen Euro, dies entsprach 0,9% der Gesamtausgaben des österreichischen Sozialschutzes (Geld- und Sachleistungen, Transfers, Verwaltung, etc.) (vgl. Statistik Austria 2017a).

Generell wird der Zugang zu Sozialleistungen für Migrant*innen zunehmend schwieriger. Die Sozialhilfe, welche im April 2019 im Parlament beschlossen wurde, enthält schwerwiegende Hürden für Menschen mit Migrationshintergrund, besonders bei fehlenden Deutschkenntnissen.

Die Rechtslage für die Familienbeihilfe wurde mit 1.1.2019 verändert und die Familienbeihilfe sowie der Kinderabsetzbetrag wurden an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnstaates angepasst. Für viele Personen, die in Österreich arbeiten, aber deren Kinder im Herkunftsland wohnen (bspw. Arbeitskräfte der 24-Stunden-Betreuung), bedeutet das eine Kürzung (vgl. Arbeiterkammer 2019).

Beschäftigung und Einkommen

Laut den Berechnungen einer IHS-Studie sind die Brutto-Stundenlöhne von vollzeit-beschäftigten Nicht-Österreicher*innen im privaten Sektor um 15% geringer als die von Österreicher*innen. EU-Bürger*innen weisen einen geringen durchschnittlichen Lohnrückstand auf, wohingegen die Lücke bei Staatsbürger*innen aus den Nachfolgestaaten von Jugoslawien, aus der Türkei und den restlichen Dritt-Staaten deutlicher ausfällt. Insbesondere Frauen aus der Türkei und mit Abstand Ex-Jugoslawien bleiben mit ihren Stundenlöhnen deutlich hinter den Österreicher*innen zurück. Menschen mit Migrationshintergrund haben in der Tendenz einen schlechteren Zugang zu guten Jobs oder beruflichem Aufstieg. Bedenklich erscheint zudem, dass es auch bei zunehmender Aufenthaltsdauer in Österreich keine Hinweise für einen Aufholprozess dieser Gruppe gibt.

Notwendige Maßnahmen

- Offenheit der Gesellschaft fördern, Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus setzen – gegen politische Hetze und Fake News auftreten
- Menschen mit Migrationshintergrund einen gleichberechtigten, nicht an Sprachkenntnisse und Aufenthaltsdauer gekoppelten Zugang zum sozialen Wohnbau ermöglichen
- Maßnahmen gegen Segregation setzen, soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung fördern
- Niederschwellige, qualitativ hochwertige und flächendeckende Angebote zur Sprachförderung, u.a. qualifikations- und berufsspezifischen Deutschkursangeboten
- kultursensible Arbeit mit Gesundheitsberufen
- Keine Diskriminierung/Einschränkung der Sozialleistungen aufgrund von geringen Deutsch- und schulischen Kenntnissen
- Indexierung der Familienbeihilfe ist kontraproduktiv
- Erleichterung und Unterstützung bei Nostrifikationen/Berufsanerkennung
- Staatsbürgerschaftsgesetz weniger restriktiv gestalten

Quellen

AMS Österreich (2017). Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen: Bilanz und Ausblick. Online: <http://www.ams.at/ueber-ams/medien/ams-oesterreich-news/arbeitsmarktintegration-gefluechteter-menschenbilanz-ausblick> (letzter Zugriff: 19.12.2018).

Anzenberger Judith, Bodenwinkler Andrea, Breyer Elisabeth (2015): Bericht „Migration und Gesundheit“, im Auftrag von AK und BMG, Wien

Arbeitskammer Österreich (2019): Indexierung der Familienbeihilfe. Online: https://www.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/BeihilfenundFoerderung/Indexierung_der_Familienbeihilfe.html (letzter Zugriff 2.5.2019).

Bothe, Klara (2018): Der Zugang zu Sozialleistungen innerhalb der Europäischen Union, Rechtswissenschaften Europäisches Arbeitsrecht, Universität Wien.

Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (1995): Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen. J&V Verlag, Wien .

Grden, Waltraud (2016): Die Wohnsituation von polnischen Migrantinnen und Migranten in Wien, Universität Wien.

Häußermann, Hartmut und Siebel, Walter (1996): Die Soziologie des Wohnens, Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Juventa-Verlag, Weinheim.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Heitzmann, Karin (2017): Poverty Prevention: Towards good reform quality, but not equally addressed for all. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Social Policy in the EU - Reform Barometer 2016: Social Inclusion Monitor Europe (Bertelsmann Stiftung, Gütersloh).

MA 17/Stadt Wien (2017): Monitoring Integration Diversität Wien 2013-2016. <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/pdf/monitor-2016.pdf> (letzter Zugriff 3.5.2019).

Parnreiter, Christoph (2000): Theorien und Forschungsansätze zu Migration. In: Husa, Karl et al (Hg.): Internationale Migration: Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? HSK 17 Internationale Entwicklung, Brandes & Apsel, Frankfurt am Main.

Reeger, Ursula (2002): Einige Anmerkungen zur Wohnsituation von „Ausländern“ in Wien, S. 120-130 in Döllmann, Peter/Temel, Robert (2002): Lebenslandschaften-Zukünftiges Wohnen im Schnittpunkt von privat und öffentlich, Campus Verlag, Frankfurt.

Statistik Austria (2017a): Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung; http://statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen_auf_landesebene/bedarfsorientierte_mindestsicherung/index.html (letzter Zugriff: 4.6.2019).

Statistik Austria (2017b) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Tabellenband EU-SILC 2016 (Statistik Austria, Wien).

Statistik Austria (2018): STATcube, Bevölkerung zu Jahresbeginn 2018. Online: <http://statcube.at/statcube/home> (letzter Zugriff: 4.6.2019).

Treibel, Anette (2011): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Juventa, Weinheim.